
3384/J XXII. GP

Eingelangt am 11.08.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Josef Broukal

und GenossInnen

an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

betreffend 170 Millionen Euro für die Universitäten

Das „Forum Budget“ der Österreichischen Rektorenkonferenz errechnete einen Fehlbetrag für die Universitäten von 170 Mio. Euro - d.s. rund 10 Prozent vom Gesamtbudget aller Universitäten (1,68 Mrd. Euro). Aufgrund der Ausgliederungen müssen die Universitäten Mieten an die Bundesimmobiliengesellschaft zahlen, weiters fallen Grundsteuer und Lohnnebenkosten an.

Der Finanzexperte der Rektorenkonferenz, der Rektor der Uni Innsbruck, meinte im Ö1-Mittagsjournal vom 18. Juli 2005, dass zumindest ab 2007, wenn die Leistungsvereinbarungen zwischen Bund und Unis feststehen, müssten die Unis dieses Geld in voller Höhe bekommen. Einen Teil davon erwartet man sich schon für das Jahr 2006. Gantner wörtlich: „Weil wir es ja ausgeben müssen und diese Mittel uns bei Forschung, Lehre und Verwaltung fehlen“.

Sie haben gegenüber den Medien mehrmals festgestellt, dass auch das Bildungsministerium einen Mehrbedarf von 170 Millionen Euro für die Universitäten ab 2007 als sachlich zutreffend anerkannt hat.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur nachstehende

Anfrage:

1. Stimmen die Medienberichte, dass Sie die 170 Millionen Euro als gerechtfertigt ansehen und werden die Universitäten diesen Betrag erhalten?

2. Stimmen Sie mit dem Finanzexperten der Rektorenkonferenz, Manfred Gantner, überein, dass ein Teil der 170 Millionen Euro schon 2006 den Universitäten zur Verfügung gestellt wird?

Wenn nein, warum nicht?